



Herrn
Bundeskanzler Sebastian Kurz
Sebastian.kurz@bka.gv.at

Koste es, was es wolle – nicht auf Kosten der Eltern!

Salzburg, 17.01.2021

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

als Eltern der Schüler/innen an AHS und BMHS im Bundesland Salzburg protestieren wir gegen die erneute Verlängerung der Schulschließungen.


Von Ihnen und Ihrem Regierungsteam erwarten wir nach einer zehnmonatigen Einarbeitungsphase unter COVID-19-Bedingungen die Entwicklung und Kommunikation von Konzepten, die unseren Kindern und Jugendlichen auch während der aktuellen Pandemie ein geordnetes Schulleben ermöglichen. **Wir erwarten tragfähige schulpolitische Entscheidungen, die über das Tagesgeschehen und die jeweils neuesten Inzidenzwerte hinausgehen** sowie die Nutzung aller technisch und organisatorisch verfügbaren Maßnahmen, einschließlich zuverlässiger Hygienekonzepte, die einen sicheren Präsenzunterricht gewährleisten. Zudem sind – im Kontrast zur bisherigen Kommunikation – rechtzeitige Informationen zum Status der Schulöffnung für alle Beteiligten unabdingbar.

Trotz Tests und Impfungen wird uns diese Pandemie noch längere Zeit begleiten und wir verwahren uns dagegen, dass unsere Kinder und Jugendlichen weiterhin zu Hause weggesperrt werden. Die Motivation zu lernen ist unter den schwierigen aktuellen Bedingungen gesunken, während die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen sehr deutlich zugenommen hat, wie inzwischen auch in bildungspsychologischen Studien nachgewiesen wurde. **Deshalb fordern wir verstärkte niederschwellige psychologische Betreuungsangebote sowie flexible Bedingungen für die Leistungsfeststellung**, die der besonderen Lernsituation Rechnung tragen.

Wir Eltern haben gemeinsam mit unseren Kindern und Jugendlichen seit dem Ausbruch der COVID-19-Krise sehr viel geleistet und erwarten, dass Schule und Bildung endlich den system- und zukunftsrelevanten gesellschaftlichen Stellenwert erhalten, der ihnen zusteht. **Ebenso wie Vertreter/innen anderer gesellschaftlicher Bereiche fordern wir als Eltern eine angemessene finanzielle Entschädigung für die während der Pandemie erlittenen Verluste sowie die zusätzlich angefallenen Aufwendungen.** Gemäß § 2 Schulorganisationsgesetz hat die österreichische Schule „die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend (...) durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken.“ Diese Aufgabe

wird trotz umfassender Bemühungen der Lehrpersonen seit Beginn der COVID-19-Pandemie von den Schulen nicht erfüllt. Um die erheblichen Lernverluste bestmöglich zu kompensieren, haben wir als Eltern beträchtliche finanzielle und zeitliche Ressourcen aufgewendet: Wir haben umfangreiche Betreuungsaufgaben wahrgenommen und unseren Kindern Nachhilfe- und Förderunterricht zukommen lassen. In vielen Familien waren und sind es in erster Linie die Mütter, die neben der üblichen Doppelbelastung zusätzliche Zeit mit originär schulischen Aufgaben verbringen. Wir erwarten, dass auch uns Eltern eine angemessene finanzielle Entschädigung gewährt wird: Uns diese zu verweigern, würde bedeuten, dass unbezahlte Frauenarbeit auch weiterhin selbstverständlich ist.

Mit besten Grüßen



Helmuth Schütz
Obmann

SLEV – Landesverband der Elternvereinigungen an höheren und mittleren Schulen im Bundesland Salzburg
ZVR: 629322498
Mail: office@slev.at
Web: www.slev.at